

Fadegrad

Fertig verrichtet



VON
ROLAND SCHECK

Mehr als sieben Millionen Franken hat es gekostet, das sozialistische Meisterwerk. Ein staatlicher Autostrich sollte eine neue Zeitrechnung in der Prostitution einläuten. «Verrichtungsboxen» war das Zauberwort, mit dem das rot-grüne Zürich das älteste Gewerbe der Welt neu erfinden wollte. Den Skeptikern wurden im Minutentakt Gutmenschenparolen um die Ohren gehauen. Wer das Ansinnen hinterfragte, sah sich dem moralistischen Vorwurf ausgesetzt, nichts gegen den Menschenhandel tun zu wollen und die Ausbeutung von Frauen zu fördern.

Auch die Sozialindustrie brachte sich in Stellung. In der neuen Verrichtungsanlage entstand ein grossangelegter Pavillon der Frauenberatungsstelle Flora Dora. Und die sip züri sicherte sich den Auftrag, mittels Patrouillen die Einhaltung der Platzordnung sicherzustellen.

Das ein derartiger Behördenstrich gar nicht funktionieren kann, interessierte die roten Weltverbesserer nicht im Geringsten. Die spezifischen Eigenschaften eines Autostrichs beruhen auf absoluter Anonymität. Ein Eingangstor, Beamtenpatrouillen, ein Sozialarbeiterpavillon und normierte Einstellplätze sind nun definitiv nicht das, was ein Autostrich-Freier sucht.

Aber vor lauter Weltverbessern blieb halt keine Zeit mehr, die Funktionsweise eines Autostrichs zu analysieren. Und in Kombination mit dem Credo der anderen Parteien, keinesfalls auf die SVP zu hören, ist es gekommen, wie es kommen musste. Das Geld ist ausgegeben, die Verrichtungsanlage ist gebaut. Aber sie funktioniert nicht. Es ist nicht das geworden, was der Kunde sucht. Die Nachfrage bleibt aus und dementsprechend auch das Angebot.

Irgendwann fiel das auch dem Stadtrat auf. Darauf tat er, was er mit Unterstützung seines Heers an Kommunikationsangestellten immer tut. Er verdrehte die Tatsachen. Im vergangenen Oktober bilanzierte der Stadtrat in einer Medienmitteilung, dass seine Strategie gemäss ersten Erfahrungen aufzugehen scheint.

Die betroffenen Frauen aber, welche die rot-grünen Weltverbesserer vor Ausbeutung und Menschenhandel schützen wollten, sehen das anders. Sie beklagen sich, dass es ihnen heute wesentlich schlechter geht als zuvor auf dem Sihlquai. Sie werden durch ihre Zuhälter in den Untergrund gezwungen oder in andere Städte verlegt.

Es scheint eine Gesetzmässigkeit zu sein, dass bei Gutmenschen der Schuss stets nach hinten losgeht. Aber was kann man mit einer brachliegenden Verrichtungsanlage anfangen? Umnutzen wäre eine Möglichkeit. Nur ist in diesem Fall klar, dass dieselben Gutmenschen als erstes einen Spurabbau zugunsten einer Velokomfortroute und Tempo 30 auf dem Depotweg fördern werden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Die Nanny ist fett geworden

Früher waren es nur reiche Leute, die sich eine «Nanny» leisten konnten. Das Kindermädchen hatte auf den Nachwuchs aufzupassen, während die Erzeuger anderen Geschäften oder Vergnügungen nachgingen. Heute kümmert sich ein links-liberal dominierter Nanny-Staat um ein Heer von kleinen und grossen Kindern.



DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 11

In der letzten Sitzung des Gemeinderats vor den Weihnachtsferien ging es wieder einmal um angeblich so dringend benötigte Schul-Pavillons. Erst gerade, Ende November 2013, sprach der Rat einen Kredit von 50 Millionen Franken für 20 ZM-Pavillons (mobile Schulzimmer-Baracken), um die markant wachsenden Schülerzahlen der Stadt Zürich aufzufangen (GR Nr. 2013/214). Nun beantragte der Stadtrat schon wieder vier Pavillons für 13,5 Mio. Franken (GR Nr. 2013/296-299).

Das Märchen von den Bildungskosten

Natürlich wird bei solchen Debatten immer wieder betont, dass man die vielen Millionen Franken benötige, um unseren Kindern eine gute Bildung zu geben. Klar doch! Wer will schon Kosten scheuen, wenn es darum geht, unsere Kleinen zu unterrichten?!

Die Kosten für diese sogenannte «Bildung» steigen in der Stadt Zürich seit Jahren bedrohlich an. Die Budgets für Schulhausbauten, Pavillons und Personal explodieren förmlich. Schulhäuser kosteten unlängst noch 30–40 Millionen Franken. Das ist vorbei. Die Schulhäuser Im Birch und Leutschenbach verschlangen ca. 64 Millionen Franken. Das sich im Bau befindende Schulhaus Blumenfeld wird die Stadt mehr als 90 Mio. Franken kosten. Für den Bau von Schulhäusern und Pavillons will die Stadt in den nächsten Jahren weit über eine halbe Milliarde Franken ausgeben.

Für Löhne im «Bildungswesen» budgetierte die Stadt Zürich allein für 2014 mehr als 470 Millionen Franken. 2009 waren dafür noch 362 Millionen bezahlt worden! In der Begründung für dieses Kostenwachstum weisen die Linken aller Parteien immer wieder auf den grossen Erfolg der Stadt Zürich hin. Dieser bringe eine starke Zuwanderung und somit wachsende Schülerzahlen. Man sei Opfer des eigenen Erfolgs und müsse in die Bildung investieren.

Finanzielles und soziales Debakel

Der primäre Kostentreiber sind aber keinesfalls die wachsenden Schülerzahlen, sondern der links-liberale Umbau der Gesellschaft. Um diesen Sachverhalt zu beweisen, holte sich die SVP für die eben beendete Budgetdebatte 2014 eine Fülle von erhellenden Zahlen aus dem Schulamt der Stadt Zürich.

Von 2009 bis 2013 wuchs die Zahl der Schüler/-innen in Zürich von 25 683 auf 26 887. Das ist ein Wachstum von weniger als 5 Prozent. Beim besoldeten Lehrpersonal vollbrachte das Schulamt sogar eine beachtliche Leistung. Waren es 2009 noch 1710 Lehrkräfte, so wurden 2013 lediglich 1746 Lehrpersonen beschäftigt. Das Wachstum beträgt somit weniger als 2 Prozent.

Es können also nicht die Lehrerlöhne sein, die zu einer Kostensteigerung von 108 Millionen Franken seit 2009 geführt haben. Natürlich sind es vor allem die Nannys!! Die Zahl der Damen, die für Betreuung der Kinder in Krippen und Horten angestellt wurde, wuchs von 2009 bis 2013 von 636 auf

913 Vollzeitstellen (+ 43,4%). Das Personal für die spezielle Förderung der Kinder wuchs in dieser Zeit von 245 auf 407 Vollzeitstellen (+ 66%). Natürlich braucht's dann noch zusätzliches Personal, um die Kinder, die in Krippen und Horten der Staatsschule Schaden genommen haben, notdürftig zu reparieren. Die Stellen für Sonderschulung und Therapien (Logopädie, Psychomotorik, Psychotherapie etc.) haben seit 2009 um 25 Prozent zugenommen.

SVP redet weiterhin Klartext

Dass der ideologische Umbau der Schule das Volk sowohl finanziell wie auch sozial teuer zu stehen kommt, war der SVP längst klar. Leider dampft die Walze aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat weiter in die falsche Richtung. Den Linken in den diversen Parteien ist nichts zu teuer, um den Ausbau der Staatsschule voranzutreiben. Die SVP wird weiterhin Klartext reden und ohne Scheu und Erlahmen auf das Debakel hinweisen. Früher oder später wird das Volk wieder zur Vernunft kommen.

ERKLÄRUNG DER SVP-GEMEINDERATSFRAKTION

Liquiditätsabfluss beim ewz stoppen

Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) ist seit 1989 zu einer Umsatzabgabe von 9 Prozent an die Stadtkasse verpflichtet. Die Umsatzabgabe, oft als Gewinnablieferung betitelt, steht der Stadtkasse zur freien Verfügung. Dieser Gewinnablieferung steht keine unternehmerische Leistung gegenüber. Dadurch fliesst viel Liquidität aus dem ewz ab. Der Gemeinderat sollte diesen Geldabfluss auf das Minimum senken. Langfristig sollte man diesen Anachronismus beseitigen.



MARTIN BÜRLIMANN
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 10

Die faktische Gewinnablieferung geht auf einen Volksentscheid vom März 1989 zurück. Der damalige Beschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» (Stromsparbeschluss) verpflichtet das ewz, 6 bis 9 Prozent des Umsatzes jährlich an die Stadtkasse abzuliefern.

Aktuell sind das knapp 70 Millionen Franken.

Es zeigt sich, dass die Umsatzabgabe im Zuge der Marktliberalisierung für das ewz zu einer grossen Belastung wird.

Die Mitkonkurrenten im Strommarkt kennen keine solche Abgabe. Daher sollte das ewz soweit wie möglich entlastet werden.

Gefährliche Nachteile für das ewz
Die Umsatzabgabe soll auf das untere

Ende der Bandbreite gesenkt werden, also von heute 9 auf neu 6 Prozent. Eine komplette Streichung dieser Regelung ist ohne Volksabstimmung nicht möglich.

Das ewz steht vor grossen Schwierigkeiten. Einerseits besteht die Gefahr, dass grosse Kunden den Liefervertrag kündigen und im freien Markt dem Strom beziehen. Mit der Marktöffnung können bald auch Gewerbebetriebe und später auch Privatkunden in den freien Markt wechseln.

Es ist daher kurzfristig, dem ewz einfach Mittel zu entziehen. Vielmehr muss das ewz im Markt bestehen können. So sollte das ewz beispielsweise Rückstellungen für Konzessionserneuerungen bilden.

Der Liquiditätsabfluss beim ewz ist nicht mehr zeitgemäss. Daher verlangt die SVP, dass der Abfluss unverzüglich auf die untere Grenze von 6 Prozent gesenkt wird. Längerfristig ist eine Streichung dieses Geldabflusses empfehlenswert.

LESERBRIEF

Massenzuwanderung – vom Saulus zum Paulus

Thomas Matter, Meilen, «Zürcher Bote» vom 13. Dezember 2013.

Nachdem die Antipropaganda durch Bundesrat, Verbände und Medien zur Massen-Einwanderungs-Initiative bereits auf Hochtouren laufen, schätze ich den erwähnten Beitrag von Thomas Matter sehr. Als Experte für Rechnungswesen und Controlling halte ich mich am liebsten an Fakten. Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes – insbesondere gemessen pro Einwohner – stellt die wichtigste Kennzahl der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dar. Es drückt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes aus. Und diese Kennzahl weist für die Jahre 2007–2012 offiziell (SECO) ein leichtes durchschnittliches Minus-Wachstum aus, nachdem sie Jahre zuvor deutlich im Plus lag. Der Arbeitgeberverband bzw. eine von ihm bestellte Expertise behaupten nun – mit einigen Windungen – das Gegenteil. Das würde bedeuten, dass die Einwanderer produktiver und zudem billiger arbeiten als die bisherigen Einwohner unseres Landes. Ist das wirklich so? Viel eher gehe ich davon aus, dass derzeit nicht nur die Schulgänger im Kopfrechnen Mühe bekunden, sondern auch der Arbeitgeberverband. Das ist erstaunlich und peinlich. Etwas vereinfacht dargestellt heisst

das aber auch, dass die masslose Zuwanderung unserem Land mehr Armut als Reichtum beschert. Unbestritten ist, dass viele Arbeitgeber von der Personenfreizügigkeit finanziellen Nutzen ziehen. Allerdings wandelt sich dieser vermeintliche Vorteil rasch zum Nachteil der einzelnen Bürger wegen der steigenden öffentlichen Ausgaben für Infrastrukturen (Strassen, Wohnungen, Sicherheit, Spital, Bildung) sowie für die Sozial- und Integrationsindustrie. Und das belastet den einzelnen Bürger sowohl finanziell (Steuer- und Gebührenerhöhungen) als auch hinsichtlich Lebensqualität zusehends. Unsere Kultur und unsere Identität bleiben auf der Strecke und das Niveau in wichtigen Lebensbereichen sinkt stetig. Ich denke dabei auch an die bedrohlich abnehmende Sicherheit in unserem Land.

Dass die Realität – im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit – bei weitem nicht dem entspricht, was uns Bürgern seinerzeit vom Bundesrat vorgegaukelt bzw. verheimlicht wurde, führte dazu, dass Thomas Matter sich vom Saulus zum Paulus bekehrte. Vor diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, wenn sein packender und klärender Artikel auch in anderen (grösseren) Zeitungen publiziert würde.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Masseneinwanderungs-Initiative
Einladung zur Podiums-Runde
Mittwoch, 8. Januar 2014
Saal Restaurant Drei Könige in 8805 Richterswil
19.30 Uhr Apéro - 20.00 Uhr Beginn

PRO:

NR Adrian Amstutz - Fraktionspräsident SVP CH
KR Jürg Trachsel - Fraktionspräsident SVP ZH

CONTRA:

NR Balthasar Glättli - Fraktionspräsident GP CH
KR Edith Häusler-Michel - GP ZH

Moderation: Zürichsee-Zeitung

«JA zur Initiative gegen Masseneinwanderung»



Die SVP des Bezirks Horgen heisst Sie herzlich willkommen zu dieser spannenden Podiumsdiskussion.

